



Protokollauszug aus der 9. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses vom 15.04.2009

öffentlich

Top 9.3 Vorstellung der Rahmenbedingungen des Konzeptes bezüglich der Unterbringung ausländischer Flüchtlinge am Schlaatz

Bezug nehmend auf die Berichterstattung in der letzten Sitzung des Hauptausschusses informiert Frau E. Müller, dass für weitere Veranstaltungen der 5. Mai und der 15. Juli geplant seien. Letzter Termin hänge von der Zusage einzuladender Experten ab. Im Weiteren erläutert Frau E. Müller die vorgeschlagenen Themen „Vereinzelung, Isolation, Beteiligung“, „Kinder, Jugendliche und junge Familien“, „Arbeitslosigkeit - was tun?“ und „Gesicht des Asyls“. Der Umzug der Asylbewerber in die neue Unterkunft Am Schlaatz werde ab kommenden Montag erfolgen. Frau B. Müller ergänzt, dass die Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der Verleihung des Integrationspreises die diesjährige Veranstaltung ebenfalls am Schlaatz, im Bürgerhaus, durchführen werde. Herr Dr. Scharfenberg äußert sich kritisch zu den gegebenen Informationen, da er sich unter der Bezeichnung des Tagesordnungspunktes wesentlich mehr vorgestellt habe, insbesondere zu den konzeptionellen Vorstellungen. Frau E. Müller verweist darauf, dass ein Entwurf des Stadtteilkonzept seitens Stadtkontor als Träger Soziale Stadt vorliege, mit den Trägern vor Ort besprochen werden müsse und in einer der nächsten Sitzungen des Hauptausschusses vorgestellt werden könne. Herr Schubert erinnert daran, dass die vor Ort tätigen Träger kein „von oben aufgepfropft“ Konzept wollten und empfiehlt eine Abstimmung mit den Akteuren. Bezüglich des Veranstaltungstermins am 15. Juli 09 gibt er zu bedenken, dass dieser in Feriennähe liege und deshalb noch einmal überdacht werden sollte. Frau B. Müller bittet die Zusage der Beigeordneten, in 14 Tagen über den vorliegenden Entwurf durch Frau Feldmann (Stadtkontor) und Frau Juhasz berichten zu lassen, in die Niederschrift aufzunehmen. Herr Dr. Scharfenberg betont, dass es nicht darum gehe, etwas aufzupropfen, sondern um schriftliche und damit belastbare Informationen. Im Ergebnis der weiteren Diskussion legt der Oberbürgermeister fest, dass das Betreuungs- und Unterbringungskonzept mit der nächsten Einladung zur Hauptausschusssitzung verschickt und der Tagesordnungspunkt in 14 Tagen erneut aufgerufen wird.